

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Einzelpreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt
per Brief-Geldpost)
Mk. 2,75 für Oesterreich (direkt
per Brief-Geldpost)
Erlb. 2.— für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Reueubank).

Insertate
die drucksparende Zeilenbreite
3 Pence — 25 Pfg. — 30 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.

Postfrachten
franko gegen franko.
Geldbriefe
nach England fallen Doppelporto.

Nr. 12.

Bestelle an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich bestehenden „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel (sichs man um die Besetze nicht direkt, sondern an die bekannten Postabnehmer. In besonderen Fällen einzuschreiben.

22. März 1890.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Alle Posteingahlungen, Wechsel, Briefe etc.
verlaubt man stets einfach an unsere Geschäftsadresse
E. Bernstein & Co.

Nro. 114 Kentish Town Road, London, N. W.

Posteingahlungen sind direkt zahlbar zu machen per
Kentish Town Road Post-Office.

Bei Abfindung schreibe man uns sofort Absender-
namen und Ort.

Aus Frankreich und Amerika sind stets die Mandats
de poste, resp. Money Orders den Avisbriefen hierher bei-
zugeben, da anders das Geld hier nicht erhoben werden kann.

Posteingahlungen aus **Deutschland** vermeide
man.

Im Falle der Nichtbeachtung obiger Vorschriften eintretende
Weiterungen oder Verluste verantworten wir
nicht.
Der „Sozialdemokrat“.

Zur Situation.

Bismarck gegangen, und zwar nicht freiwillig, sondern
gegangen worden — das ist die sensationelle Nachricht, die
uns kurz vor Redaktionsschluss zugeht.

Gegangen, nicht als ein Sieger, sondern als ein Ge-
schlagener. Gegangen am Tage nach einer Niederlage,
wie sie kläglicher kaum gedacht werden kann.

Nach gewohnter Spieler-Praxis und getreu seinen brutalen
Instinkten wollte er neue Gewaltmaßnahmen provozieren, von
Neuem das Land in Unruhe und Aufregung versetzen, um
zum Schluss als Retter in der Noth auftreten zu können. Aber
er hatte keine Rechnung ohne seinen „allergnädigsten Herrn
und Kaiser“ gemacht.

Dieser scheint begriffen zu haben, daß der abenteuernde
Staatsmann bei diesem Spiel nicht nur die eigene Position
auf seine Karte setzt. Was Wunder, daß er keine Lust ver-
spürt, sein Schicksal einem Menschen anzuvertrauen, dessen
innere Politik eine fortgesetzte Reihe von Niederlagen war?

So mußte der Bismarck gehen. Und kein Mensch wird ihm
eine Thräne nachweinen. Er hat das Ende genommen, das
er verdiente. Wenigstens, was das politische Ende anbetrifft. Er
muß das Ruder abgeben in dem Moment, wo er das Staatsschiff
festgefahren. Ein unruhmlischer Abtritt ist nicht denkbar. Aber
dieses schimpfliche Ende hat er reichlich, hundertfach verdient.

Und es ist eine gute Lehre, dieses Mitleid erweckende Ende
des Staatsmanns, der als der größte seiner Zeit gegolten.
Es ist ein Triumph für die Sache der Völker, auf die er
hochmütig herabsah, mit deren Schicksal er gewissenlos Dazard
spielte.

Und es ist ein dreifacher Triumph für uns, die er haßte
und verfolgte, daß wir es sind, die ihn zu Fall gebracht.

Wir freuen uns dieses Triumphes, aber — wir lassen unser
Schwert nicht rosten. Sein Nachfolger wird uns nicht minder
bekämpfen als er, nur vielleicht mit anderen Waffen. Er wird
uns gerüstet finden. Verzichtet er auf die Mittel persönlicher
Verfolgung, desto besser für ihn. Auch wir ziehen den sach-
lichen Kampf vor. In diesem aber können wir kein Nachlassen,
keine Rast, bis unser Ziel, die Befreiung der Arbeit vom
Doppelschloß ökonomischer und politischer Ausbeutung und Unter-
drückung, erreicht ist.

Bismarck ist gefallen, die Sozialdemokratie
aber bleibt und wird kämpfen bis an's Ende.

Soweit für heute. Wir lassen nunmehr einen Stimmungs-
bericht aus Deutschland folgen, der uns noch vor Ausbruch
der akuten Krise zugeht, der aber vielleicht gerade deshalb um
so werthvoller ist.

Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Plus ça change, plus ça se ressemble —
je mehr das wechselt und sich ändert, desto ähnlicher wird
es sich. Der Urheber dieses französischen Wortes hat die
gegenwärtige Lage in Deutschland prophetisch vorhergesehen.
Je mehr diese allerneueste Ära wechselt und sich ändert, je
mehr sie sich von der vorhergegangenen Ära des Sozialisten-
gesetzes zu unterscheiden bemüht ist, desto ähnlicher wird sie
ihm. Das soziale Königthum und Kaiserthum, der Roi des
Gaux, die Fürsorge für den armen Mann — das Alles
sind bekannte Stichworte, und das Alles ist auch schon durch
eine kaiserliche Botschaft bekräftigt und bekräftigt
gewesen. Ein Ven Aliba mit ein Bißchen Gedächtniß würde
zu Allem, was die allerneueste Ära zu Tage gefördert hat,
und was nur den gedächtniß- und gedankenlosen Haufen er-
stannen kam, sein klassisches Sprüchlein zu jagen haben:
Alles schon dagewesen.

Man muß sich die zwei oder drei ersten Jahre nach Erlaß
des Sozialistengesetzes zurückerufen. Wie prächtiges Zucker-

brod — allerdings bloß gemaltes — wurde nicht neben
die Peitsche gelegt, die nicht gemalt, sondern sehr fähbar
wirklich war! Nichts durch die Arbeiter, aber Alles für
die Arbeiter. Und nichts durch die Arbeiter nur im In-
teresse der Arbeiter, die von der bösen Sozialdemokratie
noch in geistiger Knechtschaft gehalten werden, und in ihrer
Verblendung sich über ihre Interessen bergesetzt täuschen, daß
sie das ihnen Schädlichste eifrig anstreben, und das ihnen
Zuträglichste wie das höllische Feuer verabscheuen. Daß es
unter solchen Umständen eine unabwendbare Forderung ächter
und wahrer Arbeiterfreundlichkeit ist, die gewissermaßen geistes-
kranken, zum mindesten nicht voll zurechnungsfähigen Arbeiter
gegen sich selbst zu schützen und vor den verhängnis-
vollen Folgen ihrer krankhaft-anormalen Gemüthsdisposition
zu bewahren. Es ist das die Auffassung und Weltanschau-
ung des „aufgeklärten“ und „päterslichen“ Despotismus, der
auf Recht, Gesetz und Uebertreibungen „pfeift“, und vor der
Revolution gar keine Angst hat, vorausgesetzt, daß sie
„von Oben“ kommt, das heißt, von ihm selber gemacht wird.

Nun, wie es dem „aufgeklärten Despotismus“ und sozialen
Königthum unter der Firma Bismarck ergangen ist, das
brauchen wir nicht zu sagen — die Sprache des 20. Februar
1890 ist deutlich genug.

Aber le roi est mort, vivo le roi! lautet die Parole.
Das soziale Königthum ist todt, es lebe das soziale Königthum!
Die Firmeninhaber haben gewechselt, das Geschäft
ist unverändert geblieben, — es hat einen andern Namen,
voilà tout. Und die Manier — nicht die Methode —
ist auch etwas anders geworden, was indeß reine Tempera-
mentsache ist. Der gegenwärtige Firmeninhaber hat eben
ein anderes Naturell als sein Vorgänger. Er ist kein „eigener
Kamler“, er hat keinen Profurist, sondern disponirt selber
— das ist ja wohl der kaufmännische Ausdruck. Die Ar-
beiter sollen beglückt werden — sie sollen selig werden, je-
doch nicht nach ihrer Façon, sondern nach der des gnädigen
Beglückers oder Mächtigen-Beglückers. Marschieren sie nicht
auf Kommando, mit militärischer Präzision, in den ordon-
nanzmäßigen Glückseligkeits-Schaffall — nun, so werden sie
„über den Haufen geschossen“, oder „zerschmettert“. Aus
purer, lauterer Liebe. Wen Gott lieb hat, den züchtigt er;
und züchtigt ihn aus Liebe. Alles für die Arbeiter, nichts
durch die Arbeiter — und das auch heute nur aus Liebe
und Arbeiterfreundlichkeit, denn die dummen ungebildeten Ar-
beiter wissen nicht, was ihnen frommt, und haben eine ver-
teufelte, offenbar aus der Erbsünde stammende Neigung,
genau das Gegenteil dessen zu thun und zu erstreben,
was ihnen gut ist und zu ihrem Leiblichen und geistigen, zeit-
lichen und ewigen Wohle gereicht. Da ist das Zucker-
brod und hier die Peitsche! Das Zuckerbrod nicht all-
zuverlässig, und jedenfalls noch sehr fragwürdiger Art —
ziemlich nebelhaft — Zukunfts-Zuckerbrod. Die Peitsche
aber recht solid gearbeitet; und für den, der nicht an sie
glauben, oder gar ihrer spotten sollte, sind gleich neben der
Peitsche, als ultima ratio, die Kanonen des großen
Belagerungszustands aufgezogen, zu dem sich unser alter
Freund Puttkammer befehrt hat, seit er von dem kleinen
Belagerungszustand, trotz kunstreichster Anwendung, so schmäh-
lich in die Enge gelassen worden ist. Auch keine wesentliche
Neuerung, bloß eine Verschärfung der alten Tonart.

Doch eins unterscheidet die jetzige Ära von der hinter
uns liegenden — so meint wohl dieser und jener: das
kräftige Frontmachen gegen das Großkapital.

Ist das wirklich ein Unterschied? Ein Ven Aliba, dessen
Gedächtniß über ein Jahrzehnt hinausreicht, wird frisch und
munter mit Nein! antworten. Wie ingrimmig hat Junker
Bismarck, wie ingrimmig hat seine Egeria: Wagener von
Dummerwitz, seiner Zeit gegen das Großkapital gewettert, den
Schlotjunker Krieg auf Leben und Tod angefangen, und den
großen Städten, den Bruchstätten des Industrialismus
und der Rebellion, Untergang und Verderben geschworen. Aus
den kapitalistischeren Säulassen sind aber im
Lauf der Dinge kapitalfressende Paulusse geworden, die
dem Propheten des Großkapitalismus, genannt Gleich-
röder, die Schleppe trugen, und mit den Schlotjunker
Stumm, Baare, Krupp ein Kompagniegeschäft eröffneten.

Sind die Stumm, Baare, Krupp, Deyl und Kon-
sorten nicht auch die Pathen der neuesten „Sozialreform“?
Schweigt ihr Geist nicht über den Wassern, die dazu bestimmt
sind, den Jungbrunnen zu bilden, in den das neueste
„soziale Königthum“ die fränke bürgerliche Gesellschaft ein-
tauchen will? Man betrachte sich doch das Personal des
„Staatsraths“ und der „internationalen Konferenz“. Wo
das persönliche Regiment gilt, da müssen wir uns die
Personen ansehen. Sie enthüllen das Programm,
sie sind das Programm, soweit in diesem Tohu Wabohu
von einem Programm überhaupt die Rede sein kann.

Zum Glück ist nicht Alles Tohu Wabohu. Unter dem
Schlamm und Urflüsch dieses wirren, planlosen Chaos be-
findet sich zum Glück fester Boden: die anderthalb Mil-
lionen sozialdemokratischen Stimmen — denn ungefähr so
viele sind es nach den letzten amtlichen Mittheilungen — und
die Hunderttausende sozialdemokratisch gesinnter Männer, die
am 20. Februar nicht an die Wahlurne gehen konnten,

weil sie entweder noch keine 25 Jahre alt, oder durch ihr
Abhängigkeitsverhältniß an der Stimmenabgabe verhindert
waren. Diese Knechtsarmee zielbewußter Männer stellen eine
Macht dar, welche um so weniger in ihrem Siegesmarsch
aufgehalten werden kann, als sie fortwährend wächst und
durch die wirtschaftliche Entwicklung, — mögen die Feinde
thun was sie wollen, — stets frische Kräfte zugeführt bekommt.
Wir müssen die von Tag zu Tag sich günstiger gestaltende
Lage nur unüchtig und geschickt benutzen.

Das wissen unsere Feinde, und deshalb bieten sie ihr Mög-
lichstes auf, um die Sozialdemokratie zu Fehlern zu ver-
leiten. Als neulich ein deutsches Arbeiterblatt die sicher nicht
sehr ernst gemeinte Vermuthung aussprach, die sozialdemo-
kratischen Abgeordneten würden im Reichstag eine rein negirnde
Haltung einnehmen, sie „sich zu geschickelt“, um die
Spießbürger durch positive Vorschläge zu er-
lösen“, so griffen die Feinde begierig nach dem Strohhalm
und posanten in die Welt hinaus: „Seht ihr be-
trogenen Arbeiter, die Sozialdemokraten versprechen euch
das Heil, und nun, da es sich darum handelt, das Versprechen
zu erfüllen, sagen sie euch kühl: Wir werden nichts für
euch thun — wir wollten nur eure Stimmen fangen.“

Die Einnützigkeit, mit der die gesammte gegnerische Presse
jene Aeußerung auszubauen beflissen ist, zeigt uns, welche
Klippen wir zu vermeiden haben.

Die stärkste Partei in Deutschland kann keine Po-
litik der Negation treiben — sie würde sich dadurch ein
tödliches Armuthszeugniß ausstellen und, nach ihrem gewaltigen
Wahltrieb, freiwillig das Schlachtfeld den Feinden überlassen.

Unsere Feinde werden bald lernen, daß solche Hoffnungen
eine Thorheit sind, und daß die Sozialdemokratie die Siege,
welche sie in heißem Ringen erkämpft hat, auch auszunutzen,
und aus dem gewonnenen Sieg die Kraft zu neuen Siegen
zu schöpfen weiß.

Den Kopf klar, das Auge hell — so werden wir festen
Muths vorangehn, grade auf das Ziel los.

Aus der russischen Bewegung.

(Korrespondenz.)

Der Bund der russischen Sozialdemokraten, der
einen wahrhaft entscheidenden Erfolg gegenüber dem gegenwärtig in
Anstand herrschenden System nur von einer Arbeiterbewegung erwartet,
und der deshalb als Hauptaufgabe der russischen Revolutionäre die
Aufklärung und Organisation des heranwachsenden industriellen Prole-
tariats erachtet, hat zur Förderung dieses Zweckes schon vor Jahren
eine „Arbeiterbibliothek“ ins Leben gerufen. Die „Arbeiterbibliothek“
bietet eine Serie von populär gehaltenen Broschüren, bestimmt, die
russischen Industriearbeiter in politischer und ökonomischer Beziehung
durch die Lehren der Sozialdemokratie aufzuklären und zum Bewußt-
sein ihrer geschichtlichen Mission zu erwecken. Leider konnten die Pu-
blikationen der „Arbeiterbibliothek“ nicht regelmäßig erscheinen, der Mangel
an pecuniären Mitteln verursachte längere Unterbrechungen. Neuerdings
ist nun, nachdem bereits früher zwei treffliche Broschüren, „Die Arbeiter-
bewegung und die Sozialdemokratie“ von S. Kriczod und „Woon
man lebt“ von Dikstein veröffentlicht wurden, die „Rede von Peter
Kerejew“ (aus dem Prolog der 50 in St. Petersburg 1877) erschienen
und wird ihr demnächst die „Rede Barin's aus dem zweiten Prolog
der Internationalen folgen.

Die Rede Peter Kerejew's erhält besondere Bedeutung durch die
aus Plechanow's Feder stammende treffliche Vorrede. Bekanntlich erhielt
der vor dem Petersburger Senat im März 1877 abgeurtheilte Prolog
der 50 besonderes Interesse dadurch, daß sich unter den Angeklagten
mehrere Arbeiter befanden, und daß einer von diesen, Peter Kerejew,
auf eine Vertheidigung verzichtete, weil das Urtheil schon im Voraus
geprochen, der Prolog bloß eine Komödie sei. Die Rede, die er an
den Gerichtshof richtete, war durchaus keine Vertheidigung, sondern eine
Anklage der Regierung und der Kapitalisten. Nachdem Peter Kerejew
in schlichten, aber tiefempfundenen und ergreifenden Worten das Uebel
der russischen Arbeiter geschilddert hatte, gab er seiner Ueberzeugung
Ausdruck, daß der Arbeiter für eine Verbesserung seiner Lage nur auf
sich selbst zählen dürfe. In entzückender Weise gedachte er darauf
der russischen „intelligenten Jugend“, der „Studenten“, welche allein
dem russischen Bauer brüderlich die Hand gereicht, das Ohr geliehen
und auf seinen Nothschrei geantwortet hätten. Diese Jugend werde auch
Hand in Hand mit den Arbeitern weitermarschiren, bis sich endlich die
muskulöse Hand von Millionen von Arbeitern erhebt und der von
Kojonetten geschützte Despotismus in den Staub sinkt!

Das Lob der russischen intelligenten Jugend jener Zeit war durch-
aus berechtigt und am Plage. Die russische kühnende Jugend der
neunziger Jahre zeigte sich wirklich vom schönsten Idealismus erfüllt
und gab sich dem Aufklärungswerke unter dem Volke mit Feuereifer und
Opfermuth hin. Aber die Zeiten haben sich seitdem gewaltig geändert,
und Plechanow kommentirt deshalb besonders die Stellen der Rede,
welche die Arbeiter auf ihre eigene Kraft verweisen und von der Rolle
der intelligenten Jugend handeln. In Anknüpfung an die Worte Kerejew's
entwickelt er in populärer und leichtfaßlicher Weise das Prinzip,
daß den Arbeitern nur durch die Arbeiter als Klasse geholfen werden
kann, und daß sich ihre Befreiung im Gegenwärtigen zu den Bestrebungen
der übrigen Klassen vollziehen werde. Diese Wahrheit, die den Grund-
pfeiler der Internationale gebildet, werde gegenwärtig schon von Mil-
lionen von westeuropäischen Arbeitern bekannt. Vorbedingung zu ihrer
Bewirkung sei die Ergreifung der Staatsgewalt durch die
Arbeiterklasse und als Anbahnung dazu der Besitz der Versammlungs-
Rechts- und Pressefreiheit und vor Allem auch des Allgemeinen
Wahlrechts. Die westeuropäischen Arbeiter haben den Werth dieser
politischen Errungenschaften erkannt und begehren sich ganz besonders
des allgemeinen Wahlrechts, um eigene Vertreter in die gesetzgebenden
Versammlungen zu entsenden. Wie die höhere Klasse eine Einschrän-
kung der Jarenmacht fordert, so müssen dies auch die Arbeiter thun,
ohne jedoch darüber zu vergessen, daß sie nur aus eigener Kraft das
Joch des Despotismus abschütteln können. Die Vertreter der Arbeiter-
klasse müssen sich zurückziehen zunächst aus dem Reichstag selbst, wie
dies in Westeuropa schon vielfach geschieht. Die Arbeiter dürfen nicht

auf die intelligente Jugend als Ganzes für ihre Befreiung wählen, denn diese beginnt, das Volk zu vergessen. Zeit lautet deren Parole entweder: Es gibt in Russland keine Arbeiter, oder aber: die Arbeiter sind zu dumm und zu unwillig, um sich an sie wenden zu können. So wenig die russische Arbeiterklasse jedoch von der sogenannten Intelligenz in ihrer Gesamtheit zu hoffen hat, so wichtig ist doch für sie die Unterstützung von Leuten, die aus den Reihen der letzteren hervorgegangen sind, vorausgesetzt, daß sie sich ganz auf Seite des Proletariats geschlagen haben, um trotz allen Gefahren unter diesem und für dieses propagandistisch tätig zu sein. Von Leuten dieser Art gilt noch heute, was Alexander vor dreizehn Jahren von der russischen intelligenten Jugend sagte.

Daß Plechanow so scharf zwischen einzelnen Individuen aus den Reihen der „Intelligenz“, und der „Intelligenz“ als Gesamtheit in ihrem Verhältnis zur Sache der Arbeiter unterscheidet, daß er diese so energisch nur auf sich selbst zählen heißt, hat seinen guten Grund.

Wie es in Folge der eigenhändigen russischen Verhältnisse nicht anders möglich ist, umfaßt die sogenannte revolutionäre Bewegung die verschiedenartigsten Elemente. Gemeinsam ist Allen mehr oder weniger das Bestreben oder wenigstens der Wunsch, das jetzige System des absoluten Zarenthums zu kürzen. Abgesehen von diesem Punkte gehen die Ansichten über Ziel und Taktik der Bewegung himmelsweit auseinander. Nicht nur unter den bürgerlich Liberalen, deren höchstes Ideal eine die Interessen des Kapitals begünstigende wässrige Konstitution nach westeuropäischer Muster ist, sondern auch unter den eigentlichen Revolutionären herrscht in dieser Beziehung ungläubige Mannigfaltigkeit der Auffassung, wie zum Teil ungläubige Unklarheit. In den Augen vieler russischer Revolutionäre geht und gilt noch jetzt die „Intelligenz“ und ganz besonders die „intelligente Jugend“ als das providentielle revolutionäre Element par excellence, als das auserwählte Israel der sozialen Wiedergeburt, das aus Idealismus und ohne Mitwirkung der breiten Volksmasse, nur mit Heranziehung derselben, eine soziale Revolution tragen und von oben herab eine gerechte Gesellschaftsordnung beschreiben könne, wie man etwa einem Kinde einen neuen und schöneren Hut zu tragen gibt.

Der „Bund der russischen Sozialdemokraten“ dagegen, an dessen Spitze neben Plechanow P. Axelrod und Wjersa Saffulisch stehen, vertritt die Ansicht, daß eine wirklich revolutionäre Bewegung von der Arbeiterklasse getragen werden müsse, die in Folge ihrer wirtschaftlichen Lage das revolutionäre Element par excellence ist, während die übrigen Bevölkerungsschichten, die der „Intelligenz“ inbegriffen, mit Berücksichtigung ihrer Sonderinteressen anfangen, konservativ zu werden. Plechanow ist zu seiner Auffassung gelangt nicht nur Dank seiner ungeduldrigen Begabung, sondern auch Dank seines gründlichen Studiums der sozialpolitischen Literatur Westeuropas, das ihm tiefe und umfassende Kenntnisse zur Verfügung stellt, wie sie kein zweiter junger russischer Schriftsteller der revolutionären Welt aufweisen kann. Von entscheidendem Einfluß auf seine Entwicklung ist auch die innige Bekanntschaft mit der eingehende sorgfältige Beobachtung der westeuropäischen Arbeiterbewegung gewesen. Daß Plechanow den alten Abergläubigen bekämpft, als ob die „intelligente Jugend“ das Alpha und Omega einer revolutionären Bewegung sei, daß er das Prinzip des Klassenkampfes in seiner Schärfe geltend macht, ist gerade zeitgemäß. Klarheit über Ziele und Taktik der Bewegung sind unerlässlich für den erfolgreichen Fortgang. Wenn auch die russische Intelligenz als Ganzes unfähig ist, Trägerin einer sozialen Wiedergeburt zu sein, so werden doch vor der Hand besonders Ueberläufer aus ihrem Lager an der Aufklärung und Organisation der breiten Volksmassen zu arbeiten haben. Ehe dieselben jedoch das Volk zu seiner geschichtlichen Rolle vorbereiten können, müssen sie selbst ganz klar über diese sein. Wie wichtig diese prinzipielle Klarheit und von welchem Nutzen für deren Erwerbung die Bekanntschaft mit der Arbeiterbewegung des Auslandes ist, hebt A. und B. Lawroff in einem Brief an die in New-York in russischer Sprache erscheinende Arbeiterzeitung „Snamja“ (das Banner), hervor. In einem „Äußeren Aufhänger“ betitelt offenen Briefe an die „Kameraden in Amerika“ rüht Lawroff, dessen breites, enghalsigkeitsvolles Wissen auf sozialpolitischem Gebiete, dessen eingehende Kenntnis der russischen Verhältnisse unbefristet sind, daß die im Auslande lebenden russischen Revolutionäre durch stete Beobachtung und Teilnahme an der Arbeiterbewegung lernen sollen, um zu wissen, was sie bei der Heimkehr in das Vaterland zu thun haben. Indem sie an den Kämpfen der ausländischen Arbeiterbewegung teilnehmen, erlangen sie größere prinzipielle Klarheit. Die Klärung der Prinzipien kann leichter im Auslande geschehen als in der Heimat, „wo die politischen Aufgaben, welche der Kampf gegen den Absolutismus auferlegt, und das Nichtvorhandensein von Arbeiterorganisationen sehr oft die Klarheit des Prinzips des Klassenkampfes und seine elementaren Bedingungen schwächen, indem sie in der Darstellung der Kämpfe des Sozialismus in einer unbestimmten, wenn auch höheren Form nur als Zeile von der Annahme einer gerechteren Gesellschaftsordnung erscheinen lassen“.

Der „Bund der russischen Sozialdemokraten“ hat ferner in den letzten Wochen einen Band der Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ erscheinen lassen. Der Inhalt ist hochinteressant und bietet außer einer aus dem Französischen übersehten Novelle folgende Artikel: „Unsere volkswirtschaftlichen Schriftsteller“ von G. Plechanow, „Die Revolutionäre aus der revolutionären Mittel“ von Soffulisch, „Ueberwachen“ von G. Plechanow, „Die äußere Politik des russischen Zarenreiches“ von Fr. Engels, „Das Jahrhundert der französischen Revolution“, „Der internationale sozialistische Arbeiterkongress von Paris“ von einem „neuen Genossen“, „Der Doderstraße von London“, ein Brief an die Redaktion von G. Marx-Engels, „Die Abdankung der Bourgeoisie“ von Fr. Engels, „Innere Revolution“, Die Hindernisse der russischen Revolution in Zukunft“, „Verhaftungen in Russland“. Zkw.

Eigentum und Sozialismus.

(Aus der „New-Yorker Volkszeitung“.)

Nicht auf ein Dasein, wie es die Idee von einem „absoluten, ewigen Moralgesetz“ ist, dürfen wir reflektieren, wenn es gilt, die Eigentumsfrage zur Entscheidung zu bringen; und dasjenige Recht, an welches wir zur Lösung dieser Frage appellieren, es ist etwas wesentlich Verschiedenes von dem bloß physischen abstrakten „Natur-“ oder „Menschenrecht“. Ja, dieses Recht, dessen Forderungen wir hier ins Feld zu führen haben, es ist kein „angeborenes“, kein Irrecht; es wurzelt nicht in der Tradition, und es ist ebensowenig ein Recht der Gegenwart wie der Vergangenheit. Nichts von alledem! Das Recht, welches ich meine, es ist das Recht der Zukunft, welches nicht aus dem Kopfe, sondern aus der Wirklichkeit, aus den Erfordernissen der Selbsterhaltung und geistlichen Fortentwicklung des Menschengeschlechts entspringen ist. Und dieses Recht der Zukunft muß sich legitimieren können, — legitimieren vor dem Forum strengster Kritik. Das Recht der Zukunft muß sich dadurch legitimieren, indem es sich in seinem Inhalt als das schlechthin notwendige Fazit des Entwicklungsprozesses der Menschheit erweist, — als der „kategorische Imperativ“ der menschlichen Existenz und damit auch geistigen Interessen der Menschheits-Rassen — als die thätigste gegebene „conditio sine qua non“ (die unerlässliche Voraussetzung) der Zukunft des Menschengeschlechts überhaupt. So muß, nach Auffassung des Sozialismus, oder, bestimmter ausgedrückt: nach Auffassung der Sozialdemokratie, das wahre, nicht erfundene, sondern gegebene Recht der Zukunft sich legitimieren, — muß es nicht auf Grund, sondern erst aller überlieferten und angeborenen Rechte der Gegenwart sich behaupten. Das Recht der Zukunft ist einfach der notwendigste und unwiderstehlich beweisbare Ausdruck des Schweregedächtes der Interessen, und dieses Recht allein bringt die Eigentumsfrage zur Entscheidung.

Wie aber, so fragen wir uns jetzt, gelangen wir zur Feststellung des Rechts der Zukunft? — Ferner: Was belagt dessen Inhalt, und zwar insbesondere in Bezug auf die Eigentumsfrage? Nun, indirekt ist der Weg zur Feststellung bereits in der oben resumierten Charakteristik des Wesens unserer neuen Rechtslehre vorgezeichnet. Was vor dem Forum der strengsten Kritik als das schlechthin notwendige Fazit des Entwicklungsprozesses sich legitimieren, was als das „echte Recht“ der Zukunft, Interessen des Menschengeschlechts handgreiflich sich erweisen muß, nun, das kann nichts anderes sein, als ein Ergebnis solcher Wissenschaften, wie Statistik, Gesellschaftslehre, Geschichte,

Hygiene, Physis- und Psychologie, kritisch-historische Nationalökonomie u. dgl. m. sprechen haben da solche Wissenschaften wie Moralphilosophie, geschweige denn so etwas wie Theologie; und ebenso wenig nutzlos sprechen hat die Jurisprudenz mit ihrem ganzen knabenhaften Kram von „Corpus Juris“ und Pandekten-Trüdel, Gewohnheits- und statutorischen Rechtsnormen, und all' diesem ewigen Krankeitsstoff, der nur die Interessen der herrschenden Klassen repräsentiert. In's Feuer mit dem ganzen Blunder! In's Feuer mit allen Staats-Konstitutionen und Gesetzes-Sammlungen!

Aber insonderheit als wir den Verlauf der Menschheits-Entwicklung, ohne nach Dingen zu greifen, vergegenwärtigen können, werden gewisse Rechtsnormen in irgend einer Weise festzustellen und, wenn einstimmig nicht erzielbar, durch den Willensausdruck einer Mehrheit des Volkes zu sanktionieren sein. Es werden voraussichtlich immer Gesetze notwendig sein, bei deren Einführung jedesmal eine Minorität für den Augenblick sich unterordnen muß; — für so lange nämlich, bis sie, wenn die größere Vernunft auf ihrer Seite, Majorität geworden ist.

Diese Gesetze werden voraussichtlich an Zahl so wenige und an Umfang so gering sein, daß man deren Abfassung vielleicht ganz bequem in der Westart mit sich tragen kann; aber, es werden Gesetze — nicht etwa lösbare „Verträge“ — sein, Gesetze, deren Inhalt mehr oder weniger zutreffend das Rechtsbewußtsein der großen Mehrheit des Volkes widerspiegelt. Und bei Festsetzung dieser Gesetze, dieser Rechtsforderungen der Zukunft, wird das Volk oder dessen Mehrheit immer mehr das Urtheil der Sachverständigen zur Richtschnur nehmen. In allgemeiner Bildung und auf wachsend höherem Niveau stehend, wird jede Volksmehrheit immer mehr und mehr geneigt sein, die Reklamate der oben erwähnten exakten Wissenschaften als die Quelle des Rechts — des einzig beweisbaren und deshalb wahren, echten Rechts zu respektieren. Je mehr aber das Volk geneigt sein wird, im Akt der Gesetzgebung die Autorität des Wissens anzuerkennen und zur Geltung zu bringen, desto schneller werden die immerhin noch vorkommenden Irrthümer beseitigt und durch fortschreitend annähernde Wahrheit ersetzt werden.

Bergegenwärtigen wir uns ferner, daß im Gemeinwesen der Zukunft, im sozialistischen Organismus der Arbeit Aller für Alle, jener ganze Duft von engerem Sinne: „politischen“ Fragen in Wegfall gekommen ist, mit denen heutzutage so viel Staub aufgewirbelt wird; und vergegenwärtigen wir uns, daß mit Errichtung dieses wesentlich berufsgenossenschaftlichen Gemeinwesens der ganze „Staat“, im historischen Wortbegriffe, in Wegfall gekommen ist, was an und für sich zur Folge hat, daß die wichtigsten, vitalsten Fragen des Gesellschaftslebens nicht mehr durch Volksentscheidung, sondern durch die Gesetzgebung der Sachverständigen-Kreise entschieden werden; dann, so werden wir nun finden, wird die Feststellung des allgemeinen Rechtes 1. jenen so nahezu wie möglich den Anforderungen der Vernunft entsprechen, und 2. wird die Sphäre des allgemeinen, von der Volksgesellschaft festgesetzten Rechts sich bis zu einem gewissen Minimum auf fortschreitend engere Grenzen reduzieren.

Bis zu einem gewissen Minimum“ jedenfalls wird die Feststellung des Rechts der Zukunft Sache der Volksgemeinschaft sein und bleiben. Und dieses Minimum betrifft eben die Frage des Eigentums. In Bezug auf diesen Punkt wird das Gemeinwesen als Ganzes, an seiner Selbsthaltung wie, voraussichtlich stets das Fest in der Hand behalten müssen. Die Idee einer sog. „freien Gesellschaft“, in welcher das Eigentum an Grund und Boden und Produktionsmitteln in „Gruppen“-Eigentum zerfällt wäre, damit diese Gruppen sich des kindlichen Vergnügens eingebildeter Autonomie erfreuen mögen, das ist eben auch eines jener Hirngespinnste, welche ganz ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit verfertigt und selbsterbötend werden. Durch die immerfort wachsenden Anforderungen des Großbetriebs in der Produktion der Lebensmittel werden die Ideen von Gruppen-Eigentum und Gruppen-Autonomie in das Gebiet der unzulässbaren, spezifisch Kleinbürgerlichen Albernheiten zurückgewiesen.

Nun, wenn also jedenfalls die Gesamtheit des Volkes in einem Lande sich vorbehalten wird, in der Eigentumsfrage jederzeit das Souveränitätsrecht zu behaupten, — wie wird dann der Entscheid in dieser Frage ausfallen?

Wir haben angenommen, daß das Volk, im Maße seines Aufstiegs in allgemeiner Bildung, mehr und mehr als den einzigen Quell des Rechtes die Reklamate des exakten Wissens anerkennen wird, — des Wissens von den Bedingungen der Existenzhaltung und des Fortschritts der menschlichen Gattung. Mit einem Worte: wir haben angenommen, daß das Wissen, das Sachverständigen in Anwendung auf das soziale Leben mehr und mehr zur Herrschaft gelangt.

Wenn wir diesen Gedanken festhalten, dann ergeben sich für uns als das Resultat streng kritischer Prüfung eine Reihe von Forderungen, deren Fundament sich etwa wie folgt formalisieren läßt:

Abkündigung des Privateigentums an Grund und Boden und allen sonstigen Produktionsmitteln, Ueberführung all' dieser Dinge in Gemein-, resp. National-Eigentum, sowie Ueberlassung derselben zum Betriebe der Produktion an die allumfassend zu organisierenden Gewerks- und Berufs-Verbände, unter gewissen Bedingungen, mittels deren die Volksgemeinschaft Sorge trägt für die Sicherstellung eines dem jeweiligen Rechtsbewußtsein der Nation angemessenen, also relativ-gerechten Systems in Bezug auf Verteilung des Produktionsreichtums.

Nicht also Abkündigung des Privateigentums überhaupt verlangt, so weit wir zu sehen vermögen, das Recht der Zukunft. Kein Sozialist im Sinne der Sozialdemokratie und, was gleichbedeutend: kein Romanist der modernen, kritischen Schule (siehe: „Kommunistisches Manifest“, von Marx und Engels), kein gründlicher Kenner des Joches der proletarischen Bewegung erhebt die Forderung der Abkündigung allen Privateigentums. Aber von konstitutionstheoretischen Diverser Spielarten allerdings bekommt man solche Austerweidheit manchmal zu hören und zu lesen. Um so dringender notwendig ist es, dem verwirrenden Einfluß von Mißverständnissen in dieser Richtung mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Zum 20. Februar.

Dem Zentral-Wahlkomitee der deutschen Sozialdemokratie sind noch folgende Glückwünsche-Adressen zugegangen:

Werthe Genossen!

Begeistert und ermutigt durch den glänzenden Sieg, den Ihr deutsche Sozialdemokraten, trotz der Euch entgegenstehenden Gewalt und trotz der Ausnahmegesetze, durch Eurer trefflichen Organisation und unermüdbaren Thätigkeit davongetragen, sendet die republikanisch-sozialistische Föderation von Florenz Euch herzlichste Grüße und Glückwünsche. Wir theilen mit Euch die Freude des Triumphs, sowie das feste Vertrauen, daß die Verwirklichung unserer gemeinsamen Ideale durch Euer Recht der Erde verhindert werden kann; und wir werden Euch — das seid versichert — allezeit treue Bundesgenossen in den Kämpfen und Verfolgungen bleiben, die Euch auch in Zukunft nicht erspart sein werden.

Die Föderation“ drückt Euch ihre Anerkennung der bewundernswürdigen Eintrachtigkeit aus, mit welcher Ihr den Kampf gegen den Kapitalismus geführt habt, und wir wünschen von Herzen, daß Euer Beispiel auch für andere Länder nachgebend sein möge.

Solidarität und Vorwärts!

Für die Konföderation der Sekretär: Schweiger.

Der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei, versammelt zu einer Sitzung am 9. März 1890 in Brüssel, an der sämtliche Delegirte der Flach- und Gewandweberei vertreten sind, sendet Euch seinen wärmsten Glückwunsch zu Eurer prächtigen Wahltag, sowie den Ausdruck seiner brüderlichen Sympathie für das große Beispiel von Energie und Willenskraft, das Ihr in diesem Kleinstkampf gegen den Despotismus und die Reaktion dem Proletariat der ganzen Welt gegeben.

Kuherem spricht die gesamte belgische Arbeiterpartei den Wunsch aus, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihrem ganzen Einfluß, den sie mit solchem Recht genießt, die im Juli in Paris gefasste Resolution über die Abhaltung des internationalen Kongresses von 1891 unterstützt und sich der Forderung, die wir im Interesse der

Einigkeit gestellt, anschließt, diese Versammlung nach Brüssel einzu-berufen, um dort die endliche Vereinigung der Sozialdemokraten aller Länder zu besiegeln.

Im Namen des Generalraths
Der Sekretär: G. Defnet.

Bei uns sind folgende Zuschriften, bzw. Telegramme eingelaufen:

Paris, 18. März. Die russischen Sozialisten in Paris, versammelt zu 120 an der Zahl, um das Gedächtniß der Kommune von 1871 zu begehen, senden den in ihrem großen Wahlkampf siegreichen deutschen Sozialdemokraten ihre wärmsten Grüße und ihren brüderlichen Glückwunsch.

Hoch der internationale Sozialismus!
Im Namen der Versammlung
Der Präsident
Peter Lawroff.

Werthe Genossen!

Ich bedauere sehr, daß meine Abwesenheit von London mich verhindert hat, Ihnen rechtzeitig zu dem großen Siege Ihrer Partei zu gratulieren. Aber ich hoffe, daß Sie mir im Hinblick auf die Bedeutung dieses Ereignisses nachträglich einige Worte in Ihrem Blatt gestatten werden.

Ich will nicht von meinen Empfindungen reden, denn diese verstehen sich von selbst. Der glänzende Erfolg der deutschen Sozialdemokratie hat die Herzen der Sozialisten aller Länder freudig erregt, für die Russen war er geradezu ein Sieg der eignen Sache. Der Kampf für die politische Freiheit, der für die Engländer, Franzosen und Amerikaner der Vergangenheit angehört, bildet ein wichtiges Element im politischen Leben Deutschlands und ein Alles abforderes in dem Rußlands. Wie immer verschieden auch ihre Verfassung, unsere Regierungen haben das gemeinsame: sie sind beide Militärespoten, wenn auch verschiedenen Grades, und sie sind ebenso eng verbunden in ihren Bestrebungen, den Geist der Aufsehung niederzuhalten, als wir es sein müssen in ihrer Bekämpfung.

Heute, wo die acute Krise in der inneren Politik Deutschlands augenscheinlich immer näher rückt, gewinnt die russische Frage eine besondere Bedeutung. Welches auch die Form der nächsten demokratischen Bewegung in Deutschland ist, wird von dem demokratischen Frankreich mit Begeisterung aufgenommen werden. Die Haltung des Jaren dagegen, vorausgesetzt daß er seine gegenwärtige Machtstellung noch innehat, wird eine ganz andere sein und vielleicht über eine bloß passive Feindseligkeit hinausgehen. Von diesem Gesichtspunkt aus fragen wir uns, ob nicht die deutsche Sozialdemokratie die Sache in Erwägung ziehen und es als einen Punkt ihres praktischen Programms betrachten sollte, durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel diejenigen zu stärken, die in Rußland den zarischen Despotismus bekämpfen. Wir sprechen natürlich nur von der moralischen Unterstützung und solchen Beistandungen, die als Manifestation derselben dienen können.

Die Verbreitung von genauen Kenntnissen über die inneren Zustände Rußlands hat in England und Amerika zum Insultwerden einer Bewegung zu Gunsten der Freiheit des russischen Volkes geführt, an deren Spitze mehrere der hervorragendsten und populärsten Persönlichkeiten jener Länder stehen. Wir wollen unter Möglichkeiten thun, auf dem Festland dafür zu wirken, und wir zweifeln nicht, daß sie auch in Deutschland Wurzeln fassen wird. Die Verfolgungswuth der russischen Regierung hat sich bis zum Wahnsinn gesteigert, dieselbe hat neuerdings Handlungen begangen, die von dem Gewissen der zivilisirten Nationen nie vergessen oder vergeben werden können. Aber der Vereinigung der ganzen Welt in einem Schrei der Verurtheilung, der den Jaren und seine Handlanger als moralischen Auswurf brandmarkte, stellt sich ein Hinderniß entgegen, und zwar dasjenige Hinderniß, welches sich allen demokratischen Bewegungen unserer Zeit in den Weg stellt: die unglückliche und unnatürliche Feindschaft zwischen den zwei leidenden Nationen des Festlands — den Franzosen und den Deutschen — die künstlich geschaffen worden ist, um die Fortdauer des Militärespotismus in Deutschland zu rechtfertigen. Durch die trügerische Hoffnung auf ein russisches Bündniß geblendet, hat das republikanische Frankreich, mit einer glänzenden Ausnahme, auf seine erhabene Mission Verzicht geleistet, für Recht, Gerechtigkeit und Menschlichkeit einzutreten.

Der vorstehende Hinweis kann sich selbstverständlich nicht auf die Sozialisten beziehen, wie am Besten die Anwesenheit von 80 deutschen Delegirten auf dem internationalen Kongresse in Paris beweist. Aber würde es jetzt, wo die deutsche Sozialdemokratie eine solche wunderbare Steigerung ihres politischen Einflusses gewonnen hat, nicht für sie möglich sein, mehr zu thun, dadurch namentlich, daß sie den gegenwärtigen höchst günstigen Moment benutzte, eine Bewegung zu Gunsten eines ausführbaren Kompromisses mit den Franzosen ins Leben zu rufen, dem auch andere Oppositions-Parteien sich anschließen würden, und der dieser höchst bedauerlichen und schon so lange währenden Feindschaft ein Ende machen würde? Es wäre eine Aufgabe, würdig einer großen Partei und eines großen Prinzips, und der Augen eines solchen Schriftstellers würde, wie ich oben bargelegt habe, nicht auf ihr Land allein beschränkt bleiben. Dies der Grund, warum ich es auf mich genommen, zu Ihnen darüber zu sprechen.

Mit brüderlichem Gruß
13 Grote Gardens, N. B. London.
Ihr
S. Stepniak.

Die Gruppe der sozialistischen Studenten von Bordeaux, welche dem „Sozialen Studienverein“ angehören, sendet der Sozialistischen Partei Deutschlands, die durch ihren glänzenden Sieg vom 20. Febr. die Kera der Befreiung des Proletariats durch sich selbst eröffnet hat, ihre begeisterten Glückwünsche.

Die Sozialisten von Reggio Emilia senden der deutschen Sozialdemokratie aus Anlaß des glänzenden Ausgangs der Wahlen ein begeistertes Hoch!

Die New Yorker Central Labour Union — die Zentralisation der Fachvereine New Yorks — beschloß in ihrer Sitzung vom 2. März auf Antrag ihres Mitgliedes Jablonsky einstimmig und unter großem Applaus folgende Resolution:
„Beslossen, daß wir, die organisierten Arbeiter New Yorks, repräsentirt in der Central Labour Union, hiermit den Arbeitern Deutschlands zu ihren kürzlich errungenen Siegen herzlich Glück wünschen, mit dem Bewußtsein, daß sie die wahren Interessen des deutschen Volkes repräsentieren.“

Sozialpolitische Rundschau.

London, 19. März 1890.

Die Arbeiterschnitzkonferenz der Regierungen ist am vorigen Sonnabend in Berlin zusammengetreten und von Seiten des Vertreters der deutschen Regierung, Ministers von Wertheim, mit einer kurzen Ansprache eröffnet worden. Derselbe weist auf die „Gefahren“ hin, welche der Wettbewerb in der Industrie für den Arbeiter unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen im Gefolge hat. Es sei daher nicht allein eine Pflicht der Menschlichkeit, sondern auch der staatsrechtlichen Weisheit, nach einer Lösung der Arbeiterfrage zu suchen, und so das unschätzbare Gut einer Jahrhundert alten Zivilisation zu erhalten.
Da sich unter dem „unschätzbaren Gut“ u. dgl. jeder denken kann, was er will, so wollen wir uns nicht weiter bei diesem Begriff aufhalten. Es genügt, festzustellen, daß die Arbeiterschnitzkonferenz und die Gläubigen der Staatsverwaltung, d. h. der Erhaltung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung empfohlen wird.
Wir nehmen diese Erklärung den Herren keineswegs übel. Als Vertreter ebendieser Staats- und Gesellschaftsordnung sind sie damit

durchaus in ihrer natürlichen Rolle. Wir nehmen sie Ihnen um so weniger ab, als wir weit davon entfernt sind, ihre vorübergehenden Maßnahmen zu fürchten, auch wenn sie zehnmal weniger verlässlich wären, als das Programm der Berliner Arbeiterkongresskonferenz.

Dem Programm — wir haben es in voriger Nummer mitgeteilt — entspricht das Gros der Konferenzteilnehmer: Bureaufürsoren — Diplomaten, Diplomaten — Bureaufürsoren. Soweit sie Männer der Praxis hinzuzogen, haben die meisten Regierungen ausschließlich Vertreter des Unternehmertums dazu anberufen. Nur die englische Regierung gab ihren Delegierten auch einige — aber sehr geringe — Gewerkschaftsführer als Sachverständige mit auf den Weg, und ganz vereinzelt steht die französische Regierung da mit einem, allerdings auch gemäßigten, sozialistischen Arbeiter, dem Mechaniker Victor Delahaye, der in den letzten Jahren als Flüchtling der Kommune in London lebte. Delahaye, der von seinen Fachgenossen 1876 zur Weltausstellung nach Philadelphia geschickt wurde und jetzt noch Mitglied des Fachvereins seines Gewerkszweiges ist, ist ein entschiedener Anhänger des gesellschaftlichen Reformprogramms, über den er vor fünf Jahren in der „Revue Socialiste“ einen von erheblicher Sachkenntnis zeugenden Aufsatz veröffentlicht hat. Er weist dort an der Hand von statistischem Vergleichsmaterial nach, daß die Produktivität der Arbeit im umgekehrten Verhältnis steht zur Arbeitszeit, d. h. daß überall da, wo der Arbeitstag am längsten ist, und fordert den achtstündigen Arbeitstag, um die französische Industrie konkurrenzfähiger zu machen. Die Herabsetzung des Arbeitstages auf acht Stunden, sagt er unter Anderem, „ist unter den demnachst vorzunehmenden Reformen diejenige, die ich als die wichtigste und bedeutsamste halte, sowohl vom Gesichtspunkt der Hebung unserer Industrie, als um unsere wirtschaftliche und soziale Emanzipation zu fördern und zu beschleunigen.“

Eine Schwäche macht indes keinen Sommer, und Herr Jules Simon, der die Führung der französischen Delegation übernommen, wird eifrig dafür sorgen, daß sein ehemaliger Genosse — Herr Simon war ja auch einmal Mitglied der Internationale — nicht mit seinen „radikalen Ansichten“ herausplatzt. Außer diesen beiden befindet sich noch ein drittes ehemaliges Mitglied der Internationale in der französischen Delegation: Herr Tolain. Der weiland Grabeiter und jetzt Senator ist freilich durchaus nicht der Mann, auf den wir Ursache haben, stolz zu sein, er hat sich wiederholt so waschlappig schwach und feige gezeigt, namentlich zur Zeit der Kommune, daß jedes Band zwischen ihm und den französischen Sozialisten zerrissen ist; aber in Bezug auf die Fragen der Arbeitsgesetzgebung wird er die Konkurrenz mit den Briten und die englische Regierung als Arbeiter-Sachverständige auswählen für gut besand — leider — noch anhalten. Herr Burt kann nicht einmal als Vertrauensmann der Arbeiter seiner Branche gelten. Er vertritt nur eine Minorität der englischen Bergarbeiter — die Bezirke Durham und Northumberland — während die überwiegende Mehrheit derselben ihm wegen seiner Ziellosigkeit gegen die gesellschaftliche Herabsetzung der Arbeitszeit wiederholt Mißtrauensvoten erteilt hat. Auf der letzten Freitag zu Manchester abgehaltenen Delegiertenversammlung der großen Bergarbeiterföderation ist denn auch ein direktes Fabelvotum gegen die englische Regierung beschlossen worden, daß sie keinen Vertreter der Forderungen der Masse der Bergarbeiter nach Berlin entsenden hat.

Die österreichische Regierung hat ihrer Vertretung einige Fabrikinspektoren beigegeben, ebenso ist auch unter den englischen Delegierten ein Fabrikinspektor. Die übrigen Mitglieder der Konferenz sind entweder Vertreter der Bureaufürsoren oder des Unternehmertums. Unter diesen Umständen wäre es lächerlich, irgendwo nennenswerte Resultate von der Konferenz zu erwarten. Die fabelhafte Idee, mit der sie zusammengebracht wurde, die Geheimnerei, die Verschwiegenheit, die sie zu führen, noch ehe der neue Reichstag zusammentritt und die deutschen Arbeitervertreter ihre Stimme erheben können, sind wahrhaftig nicht geeignet, der Erwartung Vorlauf zu leisten, als werde da etwas Rechtes zusammengebracht werden. Selbst wenn die eine oder andere Regierung, gleichgültig aus welchen Gründen, wirklich etwas in Stande bringen möchte, wird sie an dem Widerstand oder Widerwillen der Mehrheit scheitern. Man wird sich nur über die „Fragen“ einigen, die längst keine Frage sind.

Für diesen Widerwillen der verschiedenen Regierungen, Grundsätzliches in der Frage des Arbeiterkampfes zu thun, sind aber nicht nur diese selbst, sondern auch die Arbeiter der betreffenden Länder verantwortlich zu machen. So lange diese sich nicht energisch regen, sind die Regierungen — wenigstens formell — in ihrem Recht. Nicht sie sind die höchsten Instanzen in diesen Fragen, sondern die Arbeiterschaft selbst. Wo dieselbe sich denken noch nicht bewußt ist, muß es ihr zum Bewußtsein gebracht werden. Die Dinge liegen heute so, daß keine Regierung auf die Dauer sich dem erklärten Willen ihrer Arbeiter widersetzen kann. Weit entfernt, die Demonstration des 1. Mai überflüssig zu machen, ist die Berliner Konferenz vielmehr nur ein Beweis mehr für ihre absolute Notwendigkeit. Die Genossen allerwärts müssen daher ihr Möglichstes aufbieten, sie zu einem großartigen Erfolg zu gestalten. Die wenigen Wochen, die uns von diesem Datum trennen, müssen mit äußerster Energie ausgenutzt werden. Es gilt dies für die Genossen aller Länder, doppelt und dreifach aber für die, deren Regierungen sich noch absolut spröde zeigen. Mehr als je heißt es heute: Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne deine Macht!

Der gegenwärtige Stand der Achtstundebewegung, bezogen auf die Bewegung für die Maidemonstration läßt zwar in vieler Beziehung noch zu wünschen übrig, ist aber doch ein solcher, daß durch sein Bestand zur Entmutigung vorliegt, wie dies nach einigen Korrespondenzen in deutschen Arbeiterblättern der Fall sein dürfte. Es ist gewöhnlich anzuerkennen, wenn sich die Mitarbeiter der Arbeiterpresse grundsätzlich auf Ausschreitungen fern halten, aber sie dürfen auch nicht in das andere Extrem verfallen und die Dinge schwärzer darstellen, als sie sich in Wirklichkeit verhalten. Diese Gefahr ist im gegenwärtigen Augenblick gerade für Deutsche im Auslande eine recht große; die glänzenden Berichte über die Wahlbewegung und die Wahlerfolge in Deutschland fordern fast dazu heraus, die Bewegung im Auslande zu unterschätzen, weil dort nicht alles so am Schnürchen geht, als dies dem Anschein nach in Deutschland der Fall. Und doch ist es nur zu natürlich, daß da, wo die Parteien fehlen, welche die Bewegung in Deutschland auf ihrem jetzigen hohen Stand gebracht, sich die Dinge schwerfälliger, mit weniger Eifer entwickeln, als es im Lande des Sozialistengesetzes und der Volkswirtschaftslehre geschieht. Es hat sich aber fast immer gezeigt, daß selbst da, wo die Bewegung zeitweilig einzuschlafen oder im Strahlen unterzugehen schien, im gegebenen Moment die Massen doch auf dem Wege lauren. Wir haben solche Perioden scheinbarer Erschlaffung ja auch schon in Deutschland gehabt, und die Erinnerung daran sollte uns weniger wegwandern über Andere urtheilen lassen, die momentan sich in einer solchen befinden.

Wir kommen auf dieses Thema vielleicht ein andermal zurück, und wollen heute nur noch einige Mittheilungen in Bezug auf die Achtstundebewegung folgen lassen.

Daß in Deutschland und Oesterreich bereits eine große Anzahl theils allgemeiner theils von Arbeitern bestimmter Gewerkszweige beschickter Versammlungen sich für die Maidemonstration entschieden haben, wissen unsere Leser. Die Zahl dieser Versammlungen auch nur annähernd zu geben, sind wir leider nicht im Stande, wir greifen aber nicht zu hoch, wenn wir sagen, daß sie sich nach hundert belaufen, die ihrer Besüder nach Hunderttausenden.

Reinerdings ist auch die ungarländische Arbeiterpartei in die Aktion getreten. Am 9. März fand in Budapest eine glänzende Arbeiterversammlung statt, die sich nach Referaten der Genossen Fürschor und Engelmann mit großem Applaus für die Maidemonstration erklärte.

Die Belgische Arbeiterpartei hat zu ihrem auf den 6. April nach Brüssel einberufenen Kongress die Organisation der Maidemonstration als Gegenstand der Tagesordnung angesetzt. In der Schweiz sind die Meinungen über die zweckmäßigste Art der Abhaltung der Demonstration noch getheilt. Inzwischen hat sich aber der Centralausschuß der Schweizer Gräuel- und Arbeitervereine dafür ausgesprochen, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag zu begeben. In Frankreich haben die in Paris wohnhaften Delegierten des Internationalen Kongresses — 43 an Zahl — einen Aufruf erlassen,

der die Vereine etc., die den Kongress beschickt haben, auffordert, ungeachtet die nöthigen Schritte zu thun um die Demonstration zu einer großartigen Manifestation zu gestalten.

In England hat von Gewerkschaften sich definitiv die große Organisation der Gasarbeiter für den 1. Mai als Arbeiterfeiertag erklärt, und zwar nicht bloß in London, sondern auch in den Provinzen. Ebenso eine Anzahl radikaler und sozialistischer Vereine. Weiter hat letzten Sonntag eine von über 70 Delegirten verschiedener Gewerkschaften und Arbeitervereine beschickte Konferenz stattgefunden, die zwar über den Modus der Feiern noch nicht zu einer Einigung gelangt ist, aber jedenfalls sich grundsätzlich für eine Demonstration erklärt hat. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Sache in die Hand nehmen und weitere Konferenzen einberufen soll.

Dort, wo die Arbeiterbewegung noch relativ schwach oder gelipst ist, ergreift man vielfach dem Muth, nicht den ersten Mai, sondern den ersten Sonntag im Mai als Tag der Demonstration zu wählen. So begreift diese Forderung auch in — denn wo nicht alle Arbeiter feiern, läßt der Einzelne natürlich größere Gefahr — so empfiehlt sie sich deshalb nicht, weil damit gerade der Manifestation ihr besonderer Charakter genommen würde. Es muß vielmehr überall danach getrachtet werden, sie zu einer möglichst allgemeinen zu gestalten, es müssen bei ihr alle einseitigen Partei- und Sectirinteressen in den Hintergrund gestellt werden; sie soll nicht sein als eine Arbeiterdemonstration, an der Jeder Theil nimmt und Theil nehmen kann, der zur Sache der Arbeiter steht, wie weit auch immer sonst sein Programm. Daß dieses Ziel nicht im ersten Ansturm erreicht werden kann, wissen wir alle. Thun wir jedoch unter Möglichkeit in dieser Richtung. Je kräftiger der erste Anlauf, um so größer die Garantie für das Gelingen der folgenden.

Nach weiteren amtlichen Erhebungen stellt sich der Wahlerfolg der Sozialdemokratie noch großartiger heraus, als die ersten Zusammenstellungen ergaben. Aus dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten amtlichen Bericht ergibt sich, daß unsere Partei nicht 1,341,000 Stimmen erhalten hat, wie es ursprünglich hieß, sondern rund 86,000 Stimmen mehr, d. h. 1,427,000 Stimmen. Dieses Mehr von 86,000 Stimmen stammt aus den ganz entlegenen Landdistrikten, die ursprünglich nicht mitgezählt wurden, es sind mehr oder minder bäuerliche Stimmen, und das macht sie uns selbstverständlich noch werthvoller.

Das Gesamtergebnis stellt sich nun, wie folgt:

Bevölkerung am 1. Dezember 1885: 46,855,704. Wahlberechtigte Wähler bei der 1890er Wahl: 10,146,736, bei der 1887er Wahl: 9,769,802.

Parteistellung	Bei den ersten ordentlichen Wahlen abgegebene gültige Stimmen:			
	1890	1887	im Wahljahr 1890	
			mehr	weniger
Sozialdemokraten	1,427,323	763,128	664,195	—
Centrum	1,340,719	1,516,222	—	175,503
Nationalliberal	1,187,669	1,677,979	—	490,310
Freisinnig	1,167,764	973,104	194,660	—
Konservativ	899,144	1,147,200	—	248,056
Reichspartei (freikonservativ)	485,950	736,389	—	250,430
Polen	246,773	219,973	26,800	—
Volkspartei	147,570	88,818	58,752	—
Welsen	112,876	112,827	—	152
Uffländer	101,156	233,685	—	132,529
Dänen	13,672	12,360	1,312	—
Antiksimiten	47,536	11,593	35,943	—
Unbestimmt	35,737	38,834	—	3,097
Zersplittert	15,005	8,826	6,179	—
Summe	7,228,702	7,540,938	987,811	1,300,077
Kaherdem abgegebene ungültige Stimmen:	32,942	29,772	3,170	—

Es bleibt also bei der Thatfache, daß unsere Partei an Stimmenzahl die stärkste im ganzen Reich ist. Würden die Mandate zum Reichstag proportional vertheilt, so entfielen auf uns fast 35 — 79 Mandate. Nun, einwilen genügen auch die 35 Abgeordneten. Sie werden unsere Gegner manche harte Nuß zu knacken geben. In dieser Hinsicht war die Noth des „Sächsischen Wochenblatt“, die den sozialdemokratischen Abgeordneten eine bloß negative Rolle anwies, entschieden falsch, und es freut uns, daß das Gerücht, welches Viehwacht als den Verfasser derselben bezeichnete, sich als unrichtig herausgestellt hat. Die Sozialdemokratie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, an die heutigen Nachhaber mit weitgehenden positiven Forderungen heranzutreten. Sie wird nicht nur auf ein Verlangen, nicht, was dem heutigen Stand der Entwicklung widerspricht, aber die Grenzen, die derselbe ihrer Thätigkeit im Parlament zieht, sind nicht so enge, daß ihr nicht ein reiches Feld positiver Arbeit bliebe. Die Anwälte von anderthalb Millionen deutscher Wähler haben ein Recht, Reformen zu verlangen, welche die politische, soziale und wirtschaftliche Lage derselben wesentlich heben, und das Recht ist hier gleichbedeutend mit einer Pflicht.

Wie die Oeffizien schreiben, sollen zur Zeit „Erwägungen“ darüber stattfinden, wie dem Mißbrauche vorzubeugen sei, der bei den Wahlen von Seiten der Sozialdemokratie mit der „Freizügigkeit“ getrieben worden sei. Diese schändliche Gesellschaft soll nämlich zur Zeit der Wahlen in den großen Städten wahre Völkerverwanderungen ihrer Leute veranlaßt haben, und das dürfe doch unter keiner Bedingung geduldet werden.

Natürlich gehört auch diese Teufel der Sozialdemokratie, wie so manche andere, in das Reich der Muth. Und es ist nicht einmal eine neue Muth. Sie wurde bereits vor mehr als 16 Jahren aufgeführt, wo die Sozialdemokratie ihren Anfang fast nur in den großen Städten und gewissen Industriegebieten hatte. Damals war sie zwar ebenso verlogen wie jetzt, aber sie hatte wenigstens einen gewissen Sinn, heute aber, wo die Partei in steigender Progression auch in den kleinen Städten und auf dem Lande wächst, wo sie überall ihre Kräfte gleichmäßig braucht, heute gehört wirklich das Gehirn eines Verzweifelten dazu, sich einzubilden, daß jemand auf dieses aberrante Märchen hineinfällt. Es spricht nichts aus ihm, als das schlechte Gewissen und die Koppligkeit unserer Feinde. Das schlechte Gewissen, denn sie selbst sind es, die zu solchen Praktiken mit Vorliebe ihre Zustände nehmen. Man höre z. B. was der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Saargebiet über dieses Thema — Mißbrauch der Freizügigkeit — geschrieben wird:

Zur Zeit der Wahlen wird die Bevölkerung der Schlafhäuser, die zum großen Theil nicht dem Wahlkreise angehört, zu Hunderten ortsangehörig und dadurch wahlberechtigt, während diese Leute außer dieser Zeit in ihrer Heimath ortsberühmt sind und die Schlafhäuser nur als Abtheilung der Heimath betrachten, die sonst nur eine geringe angesehene Bevölkerung haben, fallen dann plötzlich mit hundertern von Stimmen nicht etwa für die Sozialdemokraten, sondern für die nationalliberalen und freikonservativen Kandidaten in die Waagschale. Hier nur ein ganz frappantes Beispiel Niederdeutschens, wo Herr Baron von Stamm seinen Wohnsitz hat, mag außerdem vielleicht 20 meist einstöckige Wohnhäuser zählen, beherbergt aber in seinen Schlafhäusern mehrere hundert auswärtige Arbeiter. Bei der letzten Wahl wurden in diesem Bezirk 301 Stimmen abgegeben, davon 390 für Herrn v. Stamm. Was den großen Herren recht, dürfte den Sozialdemokraten billig sein; bis jetzt aber hat man nie gehört, daß dieselben in den Schlafhäusern beliebigen Modus entgegengetreten werden sollen.

Gewiß, was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig, aber sollte ihm wenigstens billig sein. Aber, wie gesagt, wir brauchen dieses Recht nicht, und namentlich schon deshalb nicht, weil wir mehr Gewicht auf eine recht große Stimmenzahl, als auf die „Erlangung von möglichst vielen Mandaten“ legen.

Kopplös ist es aber, wenn die guten Leute sich einbilden, durch Beschränkungen der Freizügigkeit uns noch Abbruch thun zu können. Ja spät, ihr armen Schlucker, damit kommt ihr viel zu spät.

Ihr müßt euren Kopf schon ein bißchen mehr anstrengen, wenn ihr etwas Anständig machen wollt, womit ihr uns kein freigt.

Ein interessanter Beitrag zur rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbewegung ist folgende Resolution, die jüngst in einer Bergarbeiter-Versammlung in Dortmund, in der das Mitglied der Reichsdeputation, Bunte, präsidirte, mit großer Mehrheit beschlossen wurde, und die allen deutschen Bergarbeitern zur Annahme vorgelegt werden soll:

„In Erwägung, daß der im Bergbauwesen zwischen den Bergwerkbesitzern und den besitzlosen Bergleuten bestehende rechtliche und wirtschaftliche Widerstreit mit dadurch vollständig befristet und der soziale Frieden nur dann dauernd und sicher hergestellt werden kann, wenn die Bergwerke in den Besitz der dieselben für das Gemeinwohl nutzbar machenden selbstthätigen Arbeiter, Beamten und Leiter derselben übergehen; in fernerer Erwägung, daß, wenn geeignete Rechtsformen geschaffen sind, um die Bergwerk-Unternehmungen zum gemeinschaftlichen Eigentum, oder richtiger Herrenthum, der gegenwärtigen Besitzer und namentlich der sogenannten Aktionäre von Aktiengesellschaften zu machen, es auch nicht schwierig sein kann, andere Rechtsformen herzustellen, welche dieselben in das gemeinschaftliche Eigentum der in ihnen selbstthätigen Leiter, Beamten und selbstthätigen Arbeiter umzuwandeln; in endlicher Erwägung, daß diese und ähnliche Eigentumsveränderungen, wie insbesondere bei der Befreiung des Bauernstandes und bei dem Uebergange der Eisenbahnen auf den Staat, wiederholt durch Enteignung vorgenommen sind, und im kleineren Maßstabe, wie bei Anlegung von Wegen, Straßen, Kanälen, Festungen, Wasserwerken, öffentlichen Gebäuden u. s. w. auf dieselbe Weise fast alljährlich vollzogen werden, bezieht die Versammlung, in Gemeinschaft mit dem gesammten deutschen Bergmannsstande bei dem Reichstage, dem Bundesrath und bei dem deutschen Kaiser darauf hinzuwirken, daß sämtliche deutschen Bergwerks-Unternehmungen durch Enteignung der bisherigen Besitzer in das dauernde, gemeinschaftliche und unveräußerliche Eigentum der in ihnen selbstthätigen Arbeiter übergehen, wie daß zum Vollzuge dieses Ueberganges schleunigst ein Bergbau-Kodex erlassen werde, welches den schwersten gegenwärtigen Mißständen durch einwaches unmittelbares Einschreiten der Organe der Staatsbehörden nach Möglichkeit vorläufige Abhilfe zu verschaffen im Stande ist.“

Diese Resolution verfährt insofern scheinbar gegen die sozialistische Grundanschauung, als sie den gesellschaftlichen Charakter des Grundbesitzes an den Bergwerken nicht ausdrücklich erwähnt. Die Anerkennung desselben ist aber in der ganzen Forderung gedanklich bereits eingeschlossen, denn die organisierte Gesellschaft wird in ihr als der Eigentümer in letzter Instanz stillschweigend vorausgesetzt. Vielleicht würde die Resolution anders gefaßt worden sein, wenn die Verfasser nicht von dem Gedanken beherrscht worden wären, den Nationalismus im heutigen Sinne möglichst zu vermeiden. Auf jeden Fall aber ist sie ein erfreuliches Zeichen, daß es unter den Bergleuten immer mehr zu Tagen beginnt, daß sie anfangen, das Hebel an der Wurzel zu packen.

Wie wir hören, hat das sozialdemokratische Centralwahlkomitee, in seiner Eigenschaft als gegenwärtiger Fraktionsvorsitzender, den Reichstag gefaßt, in der ersten Sitzung der neuen Reichstagsperiode die Einbringung eines Arbeiterlohgesetzes vorzuschlagen, und ist damit beschäftigt, den früher bereits vorgelegten Entwurf einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen. Bravo!

Eine Versammlung englisch sprechender Sozialisten in Chicago hat, nachdem die Stadt endgültig als Ort der am 1892 einzuberufenden Weltausstellung bezeichnet worden ist, sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß im Hinblick auf die Ausstellung ein Internationaler Arbeiterkongress stattfinden soll, und sofort ein Komitee ernannt, das sich mit den Arbeiterorganisationen Chicago's zum Zweck der Verständigung über diese Frage in Verbindung setzen soll.

Wir geben diese Mittheilung, ohne zunächst Stellung zu der Frage zu nehmen. Wie unsere Leser wissen, ist in Paris beschlossen worden, den nächsten Internationalen Kongress 1891 einzuberufen. Eine zu schnelle Aufeinanderfolge solcher Kongresse halten wir weder für wünschenswerth, noch für durchführbar, wenn dieselben nicht an Bedeutung abnehmen sollen.

In der konservativen „Schlesischen Zeitung“, Nr. 170, findet sich folgende Notiz:

Kattowitz, 6. März. Wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung in zwei Fällen stand auf der Anklagebank der Strafammer der wegen derselben Verbrechen bereits einmal mit zwei Jahren Gefängnis bestrafte Arbeiter Wladislaus Grzeschka aus Niedowitz. Derselbe stieß auf einem öffentlichen Wege vor einem Kreuze die unehrerbietigen Gotteslästerungen aus, sodah er unter den Personen, die es hörten, allgemeines Regieren verursachte. Die Anklage wurde, wie die „Grenzzeitung“ schreibt, durch die Beweisaufnahme in vollem Umfange erwiesen und G. zu einer Gesamtmisstrafe von 5 Jahren Gefängnis verurtheilt. Verhandelt wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Diese fünf Jahre Gefängnis wegen zweier Handlungen, die nur brüderliche Pflicht und absolutistische Indulgenz zu Verbrechen hinstellen kann, sind ein charakteristisches Zeichen unseres Kulturzustandes. In die spanische Inquisition Andersgläubigen gegenüber grammaire gewelen? — Bezüglich der Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung zitiere wir nur einen Ausspruch des bekannten kürzlich verstorbenen Lehrers des Strafrechtes, Prof. v. Holzendorff, der gewiß nicht in den Verdict antinomischer Gesetze kommen wird. Er sagt in der „Deutschen Revue“ (1887 I. Heft):

„Im Allgemeinen gewahrt man auch in der modernen Geschichte, daß Majestätsbeleidigungsprojekte den Nachhabern oft gefährlicher sind, als ihren Gegnern, was einstimmig Monarchen schon im Zeitalter der römischen Despotie begriffen haben. So bestimmte Kaiser Theodosius in seiner Konstitution: Wer der Ehre der Krone erlangend und der Pflicht vor durch treue Samähung unsere Würde zu verletzen sich anmaßt, den wollen wir nicht der Befragung unterwerfen oder irgendwie mit harter oder schwerer Ahndung belegen lassen, zumal sein Vergehen, wenn es aus Leichtfertigkeit entspringt, großmüthig übersehen, wenn aus Wahnmuth, Bewillkür, wenn aus rechtswidriger Geminnung vergiehen werden mag.“

So bestimmt vor beinahe 1500 Jahren. Hat die Gegenwart aus der Geschichte gar nichts gelernt?

Folgende Zusammenstellungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen der deutschen Bergarbeiter sind entnommen den am amtlichen Erhebungen beruhenden Tabellen der im Jahre 1888 bezogenen Löhne der Bergarbeiter in Preußen. Die Zahl der Arbeiter ist beim Steinkohlenbergbau allenthalben festzulegen. Sie betrug im letzten Vierteljahr 1888 im Bezirk Dortmund 117,678 (gegen 102,195 im Durchschnitt des Jahres 1885), in Oberschlesien 46,086 (40,870), im Saarbrücker Revier 26,407 (24,602), in Niederschlesien 15,194 (13,974). Nur in den Gruben bei Aachen scheint ein Rückgang eingetreten zu sein. Die Zahlen für 1888 (siehe hier; die Arbeiterzahl betrug im ersten Vierteljahr 1889 7030, im letzten 6941). In Preußen waren hiernach im vierten Quartale des vergangenen Jahres 211,535 Arbeiter im Steinkohlenbergbau beschäftigt.

Die Schichtdauer war im ersten Vierteljahr in Oberschlesien allgemein 12, in Niederschlesien 10, im Saarbrücker Revier 10 bis 12 Stunden. Für die folgenden Vierteljahre sind angegeben in Oberschlesien 10 bis 12 und in Niederschlesien 8 bis 10 Stunden, im Saarbrücker Revier für das zweite und dritte Vierteljahr 9 bis 10, für das vierte 9 Stunden. Dies sind die Erfolge der Ausschüsse mit Rücksicht auf die Dauer der Arbeitszeit. In der Angabe der Tabelle, daß im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Schichtdauer zwischen 6 und 9 Stunden betrage, ist zu bemerken, daß sechsstündige Schichten nur in einigen Gruben und auch dort nur an einzelnen Arbeitstagen vorkommen, wo eine außerordentliche Hitze herrscht, die ein längeres Arbeiten unbedingt verbietet. Im Uebrigen ist die neunstündige Schicht jetzt die Regel, im ersten Vierteljahr ist sie vielfach länger gewesen, weil das Eis- und Ausfahren längere Zeit in Anspruch nahm.

Die Löhne der Bergarbeiter sind fast allenthalben gestiegen, auch im Saarbrücker Bezirke nach der dort eingetretenen erheblichen Herabsetzung der Arbeitszeit. Sie betragen in Oberlothringen im letzten Vierteljahr 2,16 Mk., im ersten Vierteljahr 1,94 Mk., im Durchschnitt des Jahres 1888 1,85 Mk., waren also bis zum Ausbruch der Arbeiterbewegung dort im Sinken begriffen. In Niederlothringen waren die entsprechenden Zahlen 2,36 Mk., 2,07 Mk. und 2,04 Mk., im Bezirke Dortmund 3,27 Mk., 2,78 Mk. und 2,69 Mk., bei Saarbrücken 3,45 Mk., 2,91 Mk. und 2,92 Mk. (also auch hier im ersten Vierteljahr etwas geringer als durchschnittlich im Jahre 1888), bei Aachen endlich 2,86 Mk. im letzten und 2,58 Mk. im ersten Vierteljahr 1889. Beim Braunkohlenbergbau im Oberbergamtbezirk Halle ist der Lohn von 2,42 Mk. im dritten Quartal auf 2,37 Mk. im vierten gefallen, in den ersten beiden betrug er aber nur 2,25 Mk. und im vorhergehenden Jahre nur 2,23 Mk. Im Kupferbergbau und Steinsalzbergbau desselben Bezirkes ist ein Aufsteigen der Löhne festzustellen, auf den hauptsächlich ein Ergraben an Oberlothringen betrug im Jahre 1888 2,02, 2,05, 2,04, 1,99 Mk. Seit dem dritten Vierteljahr 1889 ist hier also ein Rückgang zu verzeichnen. Die Löhne im letzten Vierteljahr 1889 sind höher gewesen als im Jahre 1888. Nach einer Kummierung zur Tabelle ist dem baaren Lohne der Arbeiter noch der Geldwerth der „Prodranzulage“ mit 11 Pfennige für die Nacht im Jahre 1889 gegen 6 Pfennige im Jahre 1888 anzuzurechnen. Es würde sehr interessant gewesen sein, bemerkt dazu die Berl. „Volkstg.“, der wir diese Notiz entnehmen, „eine ausführliche Erklärung darüber zu erhalten, weshalb diese Naturalzulage im vergangenen Jahre fast doppelt so hoch angesetzt werden soll wie 1888. Kommt hierin lediglich die Zehnerung nach Währungsreform?“

Diese Zahlen sind die beste Antwort auf die ebenso abgeschmackten wie prophigen Redensarten, mit denen die Herren Grubenverwalter im Preussischen Abgeordnetenhaus — die Ritter, und jetzt Poprus und Konforten, denen der weiland fortschrittliche und „liberalistische“ Abgeordnete Berger-Wittensfeld — während der Debatte über die Bergarbeiter-Enquete wieder die Streifenbewegung des Vorjahres loszogen. Unfermlich ist hier nachgewiesen, wie sehr die Lage der Bergarbeiter besserungsbedürftig war und ist, und weiter, daß die geringen Verbesserungen lediglich der Lohnbewegung des Vorjahres zu danken sind. Dieser relative Erfolg derselben ist es, der den Kerger der Herren erregt hat, und die Thatfache, daß in Zukunft nicht bloß ihre Stimme, sondern auch die der Arbeiter offiziell zum Ausdruck kommen soll, hat ihren Kerger bis zum Paroxysmus gesteigert. Die Drohungen mit der sozialen Revolution, Mord und Brand, wenn die Autorität der Grubenleitungen — des: der Ausbeuter-Absolutismus, erschüttert wird, sind nichts als der Ausfluß ihrer Wuth.

Uebrigens können sich die Herren mit ihren englischen Kollegen trösten, die es keineswegs besser haben als wir. Unsere Leser werden in der Tagespresse bereits von dem großen Bergarbeiterstreik gelesen haben, der im Augenblick sich in England abspielt, wir gehen daher auf die Einzelheiten desselben hier nicht weiter ein. Nur Eins sei als bezeichnend hervorgehoben: Genau wie die obengenannten Herren im Preussischen Abgeordnetenhaus, behaupten auch englische Kapitalistenorgane, es seien die jungen Leute, welche die Bewegung in Szene gesetzt, die älteren, erfahrenen Arbeiter folgten nur widerwillig und halb gezwungen. Das Gegentheil ist natürlich dummes Zeug, daß aber die Arbeiter nicht die Alten und Familienkader in den Vordergrund stellen, mag schon richtig sein. Es ist gesunde Arbeitertugend.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Auflagen:

Rom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1889 erhielten die Unterzeichneten:

- a. Für den Unterstützungs-Fonds:
Von einer Anzahl Breslauer Genossen Mk. 200.—, Fribur 300.—, aus Budan 150.—, W. R. Breslau 8,50, H. B. 6,65, B. B. 3.—, Juffenhausen 1,20, R. in Tübingen 2.—, A. R. Steint 25.—, Freiburg i. B. 5.—, Jena 400.—, Baderborn 50.—, Durlach 10.—, Ungenannt 10.—, Delphin Berlin 7,15 und 3,70, St. Gallen 41,60, Komorono 50.—, L. Besigheim 200.—, Wafit 85.—, aus Hannover 300.—, Ungenannter Vaterlandsfreund 40.—, Budan 30,90, Potsdam 40.—, Budan 31,90, Brandenburg 25.—, Brandenburg 20.—, Coburg 5,05, Brandenburg 12.—, Budan 30,25, Budan 32,70.

b. Zur Unterstützung der Elberfelder Angeklagten und ihrer Familien:

- Von Ronsdorfer Genossen Mk. 23,50, Burgen 20.—, Bielefeld 50.—, Pagan 15.—, Chemnitz 200.—, Steint 9.—, Reichenbach 5.—, Rürnberg 200.—, Bremen 150.—, Grumbach 12,55, Luitige Tänger Berlin 100.—, Callenberg 10,35, von einer Anzahl Berliner Genossen 1. Rate 1000.—, 2. Rate 3000.—, Wroslig 10.—, Steint 40.—, Ungenannt 50.—, S. S. 51,85, Solingen 29,55, Quedlinburg 10.—, Köhny 20,30, H. Freiburg i. B. 5.—, aus Dresden-Kittsch 300.—, W. R. G. Dresden 48,85, R. W. Ohligs 5.—, S. Solingen 26,50, J. Solingen 28,70, St. Solingen 19,60, W. B. Solingen 22.—, P. B. 10.—, H. Vongenberg 7,50, S. S. 18,25, Ungenannt 7,10, Albeck 13.—, Das ganze Deutschland soll es sein 20,70, W. Solingen 12,50, Ungenannt 3.—, W. B. 7,50, R. 11,50, Wülfstraße 5.—, G. 3.—, Ohligs 65,65, M. M. 4,50, R. in G. 30.—, Budan 40.—, Aus dem 6. sächsischen Wahlkreis 100.—, Mittel-Alter 10.—, Färth i. B. 134,40, Ungenannt 50.—, aus dem oberen Elbtal 150.—, L. Besigheim 100.—, Zannberg i. G. 7.—, aus Radeburg 100.—, Zeis 44,50, J. W. Berlin 20.—, Kalan 10.—, Metallarbeiter Berlin 1. Rate 10.—, 2. Rate 50,40, Müller und Schulze Berlin 7.—, Witten 27,75, Haffelt 50.—, G. mit dem rothen Bart 10.—, Augsburg 6.—, Neustadt a. G. 25.—, Staßfurt 6,80, Frankfurt a. O. 50.—, L. und R. Bamberg 8.—, R. Reishan 4,25, Brandenburg 175.—, Hof 4,80, Nürnberg 600.—.

c. Für den Walfonds:

- Von Main im Monat, Rente Mk. 1000.—, aus dem Rürnbergger Leichter 300.—, Bremen 150.—, bei einem Feste in Bremen gesammelt 3,50, von guten Hannoveranern 300.—, F. V. J. 325.—, zum Weihnachtlich von Ungenannt 7000.—, Fahr 20.—, H. B. 600.—, Ungenannt 10.—, Borsdorf 3,90, Rade vorm Wald 20.—, St. Gallen 16.—, G. H. in Forst i. L. 20.—, G. B. Forst i. L. 10.—, Komorono 50.—, Quedlinburg 10.—, v. R. Breslau 300.—, Holländische Parteigenossen 1. und 2. Rate 200,80, W. B. Barmen 300.—, Biedermann Leipzig 100.—, Sch. Manscher 101,75, L. Besigheim 100.—, G. M. Berlin 5.—, G. M. Hamburg 30.—, Petersburg in Penfinkanten 49.—, Berliner Arbeiter 150.—, H. V. Berlin 10.—, W. R. G. 1.—, H. B. 39,85, Seelen 6.—, Haffelt 50.—, H. S. Staßfurt 4.—, Witten 5,50, Apen 18.—, Nürnberg 600.—.

d. Für den Walfonds:

- Von Genossen im 6. sächsischen Wahlkreis Mk. 150.—, Steinmeyer Deutschland 50.—.

e. Für die Familien unserer Verstorbenen:

- Aus Bremen Mk. 30.—, H. Wefel, C. Wollberger, B. Westbach, G. Meister, P. Singer.

Korrespondenzen.

Vasel. Ich glaube, da wir auch hier in Vasel mit größter Spannung die Resultate der Reichstagswahlen verfolgten, den deutschen Genossen zu ihrem Wahlsiege gratulieren zu dürfen. Denn dieser großartige Erfolg wird auch in der Schweiz keine Wirkung nicht verfehlen; unanständig dürfte der Bundesratwahl, vulgo „Wählen für Alles“, seine Fährten etwas einziehen. Uebrigens geben wir Genossen demselben wenig Kredit.
Weiter glaube ich den deutschen Genossen über zwei Versammlungen Bericht erhalten zu sollen, welche am 8. und 9. März stattgefunden haben. Die deutsche sozialdemokratische Mitgliedschaft Vasel hielt am Samstag im Karobad eine Volksversammlung ab, welche sehr stark besucht war und an der auch sehr viele Schweizer teilnahmen. Genosse P. E. aus Zürich referirte über „das Resultat der Reichstagswahlen, deren Bedeutung und Wirkung“. Der Redner entwarf in packenden Worten ein Bild über obiges Thema, welches mit lebhaftem Applaus belohnt wurde. Ich hoffe, daß Genosse Redner sich bald wieder mit einem Besuche beehren wird, denn ein solcher Redner findet immer seine Zuhörer und gerade wir Schweizer können uns Vieles daraus zu Nutzen ziehen. Schade, daß nur für die Abonnenten die Festnummer abgegeben war, man hätte viel tempore abgeben können.
Am Sonntag machten die schweizerischen Genossen der Sektion Vasel

mit Fahne einen Ausflug nach Nischen ins Rößli, wozu der Arbeiter-Wahlverein in Nischen eingeladen wurde, der auch sehr zahlreich erschien und an dem Grenzposten abgeholt wurde. Als alle Teilnehmer im „Rößli“ angelangt waren, ergriff ein schweizerischer Genosse das Wort und hielt die Vorträge herzlich willkommen. Er gratulirte ihnen zu dem Wahlsiege der deutschen Sozialdemokratie und sprach den Wunsch aus, man möchte nun stets Fühlung mit einander haben, denn den Schatz, welcher die deutschen Arbeiter drücke, empfinden wir Schweizer ebenfalls. Mit ungehörigen Worten war das Fest eröffnet und es folgten noch andere Redner, auch Gesang, Musik und Deklamationen fehlten nicht. Wie gesagt, es war ein wahres Festmahl, dem errungenen Wahlsiege geweiht; da hieß es nicht mehr Deutsche oder Schweizer, sondern wir sind Europäer. Es wurden frei und frank gegenseitig die Meinungen ausgetauscht. Da hätte ein viellecht anwesender Spitzel manche „Nose“ voll nehmen können; der Erzdiakon „Herold“ von Lörrach wird ja wohl einen oder mehrere Getreue gefunden haben. Uebrigens wird man denselben in einer der nächsten Nummern wieder ein Kränzchen zu widmen haben, um den deutschen Genossen ein neues Substrat vor die Augen führen zu können.

Als die Zeit zum Aufbruch herangerückt war, zog man wieder mit Fahne und Fahne an der Spitze bis zum deutschen Posten, um die Vorträge Genossen zu verabschieden. Dieser 250—300 Mann starke Haufzug wird seinen Zweck nicht verfehlen, möge derselbe durch gegenseitige Bekanntschaft erhalten bleiben, es wird dies von großem Nutzen sein. Mit sozialdemokratischem Gruß

Die „Wasser Grenzpost“.

Unsere Leser will vielleicht eine Beilekanten-Notiz in unserer letzten Nummer an J. Willig in Cincinnati aufzufallen sein, in der wir erklären, ein von diesem an uns gerichteter Eingekauf nicht aufzunehmen zu wollen. Der Genannte, früher in Mannheim, hat nämlich einen uns unterlaufenen Irrthum — über den weiter unten — als günstigen Anlaß benützt, eine Sammlung von anmaßenden Beschimpfungen und Verdrehungen wider uns und seine amerikanischen Gegner zusammenzustellen, und diese zunächst in den von ihm redigirten Organen zum Ausdruck gebracht. Erst nachdem sie dort erschienen, sandte er uns das Ganze und verlangte „im Interesse der Wahrheit“ Abdruck in unserer Blatte. Wir sind nun der Meinung, daß dieses Verfahren so unausführbar ist, daß es schon allein aus der Verpflichtung der Aufnahme entbehren würde, wenn nicht noch die Flegelhaftigkeit des Tons und die Unwahrhaftigkeit des Inhalts der sog. Berichtigung hinzukäme, von ihrer ungebührlichen Länge ganz abgesehen. Sie wird also in unserer Blatte nicht erscheinen.

Unter Irrthum bestand zunächst darin, daß wir in dem Verfasser eines Artikels im „Volkswort“, der mit W. bezeichnet war, den Redakteur dieses Blattes — Willig — vermuteten. Der Irrthum ist so nahegelegend, daß jeder billige denkende Mensch mit der einfachen Feststellung des richtigen Sachverhalts darüber hinweggegangen wäre. Nicht so die Leute, die im „Volkswort“ ihr Organ erblickten. In der neuesten Nummer dieses Blattes werden wir von dem wirklichen Verfasser des Artikels, einem gewissen J. Wiesen, wegen der Verwechslung, und bloß wegen derselben, „erlosener verläumdlicher Schult“ genannt. Ueberschneidung Wiesen titulirt uns in demselben Blatte mit „elender Wicht“, weil wir gesagt, der Kampf der amerikanischen Gewerkschaften um den Achtstundentag sei, im Gegensatz zu der vorläufig noch halb Ernst, halb Spiel darstellenden Nationalistenbewegung, wenigstens ein ernsthafter Kampf gegen das ausbeuterische Kapital, und fähig sich, gleichfalls auf Grund dieser lehrreichen Herangehung, zu der beschimpfenden Frage berechtigt: „Was bekommen Sie dafür?“

Wir beschränken uns darauf, diese Angriffe niedriger zu hängen, der Leser wird sie selbst qualifiziren. Er wird aber auch begreifen, daß wir mit Leuten, die in dieser Weise polemisiren, nichts zu thun haben mögen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung über unsere angebliche Verläumdung Willigs in Bezug auf das Zusammengehen mit den Cincinnatiern. Ob ein förmlicher Vertrag abgeschlossen wurde, sind wir nicht in der Lage festzustellen, haben wir auch gar nicht behauptet. Thatfache ist dagegen, daß in Cincinnati die Demokraten sozialistischerseits unterstützt wurden. Unterm 12. Februar schreibt uns G. Schumann von dort:

„Ich habe keine Zeit beizusetzen der Anstaltigung der „Cincinnatiern Zeitung“ in Nr. 4 des „Sozialdemokrat“. Ueber solche Sachen sollen Sie schweigen. Es geht die Partisaner zu schlagen, das ist geschehen.“

Nun, was es galt, ist hier gleichgültig, wir haben uns über die Frage der Berechtigung des Zusammengehens überhaupt nicht geäußert. Die Hauptsache ist, daß es stattgefunden hat. Da nun Herr Willig Redakteur des sozialistischen Organs in Cincinnati ist, so waren wir sicher zu dem Schluß berechtigt, daß er diese Thatsache unterstützte hat. Und ehe wir nicht in dieser Hinsicht klipp und klar, ohne advokatorische Vorbehalte, eines Besseren belehrt werden, können wir nicht zugestehen, daß wir auch nur formell etwas von dem zurückzunehmen haben, was wir in Bezug auf den Genannten geäußert.

Aufgepaßt! In Göttingen (Württemberg) sind die Korsettweber in eine Lohnbewegung eingetreten. Kommt es zum Streik, so sind 1200 Personen zu unterstützen. Es ergeht daher an alle Arbeiter, deren Arbeitszweig Drollen und Warchent ist, das Gehör mit dem dortigen Fachverein der Weber, im Gasthaus zum goldenen Rad, in Verbindung zu treten, und eventuell Unterstützungen an denselben gelangen zu lassen.
Die schweizerische und amerikanische Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Warnung.

Der Schreiner Max Fickewirch von Chemnitz in Sachsen, aus der Fährder Maxiergewerkschaft als Schwindler und Betrüger ausgeschloffen, hat es leider verstanden in unsern Reihen sich einzubringen, bevor wir über seine Vergangenheit Kenntniß hatten. Er borgte einem vertrauten Genossen 100 Fr. ab und stahl demselben sein Bett, von rüchswürdiger Mathe und mehreren sonstigen Schwindeln, soll er sich keine Papiere nach Mühlhausen i. G. haben schicken lassen und wird wohl in deutschen Arbeiterkreisen sein Schwindel- und Langfingerthum fortzuführen suchen, sofern er nicht gar auch noch anderen „Vertrauensgästen“ verträglich obliegt.

Wir warnen vor Fickewirch, der als Schwindler, Betrüger und Aufschneider von besondrer Verlogenheit, auch von Zürich aus gekennzeichnet wird, ein Glender, der die Arbeiterfrage entehrt und schändlich auszunutzen sucht.

Signalement: Alter ca. 34 Jahre; große schlanke Figur, blondes Haar, starker Schnurrbart. Spricht sächsischen Dialekt.

Die deutsche Arbeiterpresse wird ersucht, warnend Notiz zu geben.

Deutscher Arbeiter-Bildungsverein Rendsburg (Schweiz.)

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einkündigungen erhalten aus: Jämbdt (Rein-Alten), Paris, Saarbrücken, Syracuse (N.Y.), Zürich (Oberstreich) — A. G. in S.: Besten Dank. Sie haben Recht, eine so gemeine Art der Polemik ist lange nicht dagewesen. Aber man kann den Leuten nicht antworten, wie sie es verdienen, ohne sich zu erniedrigen. — J. in Oberstreich: Mit Dank benimmt. Darf ich hier auf Ihre Beiträge rechnen? — F. D. J. in Jämbdt: Ihrem Wunsch wird entgegengekommen.
der Expedition: — Frö. Mk. 6.— Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. — W. B. Strga. Mk. 4.— Ab. März u. 2. Qu. erh. — Weiße Krüge S. Mk. 23, 70 Ab. 1. Qu. u. Schft. x. erh. —
Anmerkung: R. befolgt. L. unter a. notam angenommen. — G. P. 75 Ges. f. Festnummer u. Porto G. erh. Edg. am 12/3 abg. — G. Dr. Dh.: Sh. 3.— f. Schft. erh. — P. A. I. Amidm.: Sh. 8.— Ab. per 1890 erh. Edg. am 14/3 ab 1—11 abgegangen. — Scorpion: Dank f. Ref. W. u. Beilage. Kostrick augenbed. — Plerrot: Beilage d. Festnummer folgt. Kostrick augenbed. ad notam genommen. An Anlagen jenerseits darf's nie gericht, aber am Besten u. — wir würden auch — am guten Willen. — W. Hoffm.

London: 1 Pfd. f. die S. D. erh. — Dr. Goshim: Mk. 17, 60 Ab. per 1890 erh. H. Weiler am 14/3 beantw. — H. R. A.: Dmsl. 1.— Ab. Rest per Mitte März erh. Um so besser. — A. M. A.: Dmsl. 2,40 Ab. ab 1/3—30/6 erh. u. Ab. notirt. — Borley: Mk. 5, 30 a. Gto. Ab. x. erh. Beilage u. Ab. vorgemerkt u. H. Näheres betr. Abdrück. x. mitgetheilt. — Schippe: Kostrick erwarten. Ab. u. Beilage. sind vorgemerkt. — Kother Kämpfer: Gewünschtes folgt nach Vorchrift. Ab. ordnen u. rechnen auf Vermittlung geeigneten Erlages. Hf. mehr. — Schügen: Hf. noch nicht verhandelt. Betr. Dmsl. Kostrick voranlaßt u. Ab. geordnet. — Urania: Ab. eingereicht u. Beilage. vorgemerkt. Weileres Hf. Zweifel, ob der noch aufzutreiben ist. — Trau, schon, wem: Ais u. Beilage. d. 13/3 erh. u. Weileres erwartet u. Hf. mehr. — Ducl: Beilage folgt. Ab. eingereicht. Aber was ist denn das Bischen Ab. unter so Viele? — Merlin: Ab. geordnet. Wegen B. haben seit Jan. Zwischenhand dreimal montirt. Unbegreifl. — Baroo: Hf. v. 14. am 16. erh. u. sofort beantw. Notiz betr. 2. dringend erwartet u. Beilage. notirt. Unsere dringende u. Wunsch bitten baldigt zu erfüllen. — Kother Weltakt: Demnachst brieflich Näheres. — G. C. Lvg.: Mk. 7, 50 per Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Beilage. folgt. Folgt liegbar. Hf. Sh. II sobald im S. annoncirt ist. Petr. P. A. B. II haben bis jetzt keine Aussicht. Werden weiter suchen. — W. G. Jda.: Mk. 9.— f. 2 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. u. Beilage. befolgt. Sobald Denkschrift II im S. annoncirt wird, beantragt der Verantw. früher nicht. — Africoner: Hf. 3. 10.— a. Gto. Ab. 1889 u. 90, sowie Schft. x. erh. Beilage. u. Erschl. folgt. Nota beträgt Sh. 33.—, Jonach Sh. 37.— dem Hf. dankend zugetheilt. Mag auch Ihnen der „Goldplatz“ goldene Früchte tragen. Gruß! — Sektion S. A. A. Syracuse: Doll. 2.— Ab. 90 per G. erh. u. Lieferung im Gang. Grüße erwidert. Trostbeilage befolgt. — Blöschle: Dmsl. 15.— a. Gto. Ab. x. u. Hf. mit Beilage d. d. Beilage. nach Vorchrift befolgt. Auf Fröhers reihen noch Mk. 11, 95. Gewünschtes haben direkt veranlaßt. Gruß! — Felix III: Mk. 40.— boar u. Mk. 21.— per Beilage. a. Gto. Ab. x. gutgebr. Festliches folgt mit Beilage. G. hatte den Irrthum bereits avvirt. Hf. Sh. II vorgemerkt. Verantw. folgt, sobald Annonce im S. steht. — D. B. a. d. Sp.: Mk. 17, 60 per Grg. gutgebr. u. Beilage. notirt. Für betr. Schft. ist allzeit Verwendung draußen, dafern sie dorten entbehrlich sind. Auszug folgt. Beil. befolgt. — G. D. S.: Mk. 4, 50 Ab. 2. Qu. erh. Weileres nach Wunsch. Sie haben Recht. Vangemaden gilt nicht. — A. G. Lunghol: Sh. 4.— Ab. ab 1/3 bis 1/9 u. 8. 1/2 per Hf. d. erh. — Kother Teufel: Hf. v. 16. am 18/3 beantw., sowie Beilage. u. Ab. notirt. Archivische d. d. verwenbet. — Geschickliche: Hosten sehen, ob sich machen löst. Beilage. ergänzt u. Ab. richtig gestellt. — Ath. Exeutor: Sie wollen sichhalten, daß sich Verengerungen von Allem stets gegen Baarvorsatz, versteht. — A. H. Gg.: Mk. 17, 50 p. Ab. 90 erh. — L. P. B.: Dmsl. 3.— Ab. 2. Qu. erh. — Apostel Paulus: Mk. 5.— f. Schft. erh. P. D. hat direkt befolgt. Hoffentl. haben Sie „höhere Gewalt“ jetzt befolgt. Gruß.

Wahlfond-Auflistung.

Zur Weiterbeförderung sind an unsere Adresse ferner eingezogen zu den in Nr. 11 quittirten	Mk. 11,822, 26
San Franzisco c/o Rom Sozialistisches Männerchor per A. Schan Doll. 25.— per Hf. 5,28	102, 64
Chicago. Nat.-Exeutive S. A. P. A. A. per A. Hamilton 2. Rate Hf. 11, 3.—	223, —
Zusammen Mk. 12,147, 90	

Sie rechtzeitig Kenntnißnahme.

Bei Quartalschluß müssen sämtliche Briefabonnements vorausbezahlt sein.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Die direkten Briefabonnements sind stets, sofern nicht Ausnahmen vereinbart sind, bis Ende laufendes Jahres voranzuzahlen.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnements werden gesperrt.

Ersatz für Versandverluste liefern wir nur gegen Einfindung des Porto bei Reklamationen.

Einzeln-Kreuzband-Zendungen ins Ausland sperren wir mit Quartalschluß, wenn Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Der „Sozialdemokrat“.

Für die Schweiz. Bestellungen auf den „Sozialdemokrat“

besorgen wir wie bisher promptest und tragen fortan diejenigen bisherigen Abonnenten, welche das Blatt nicht abbestellen, auch für das neue Quartal vor. Nach Ausgabe der No. 13 erheben wir Nachnahme, dafern das Abonnement bis dorthin nicht baar an uns eingekauft ist.

Die Schriften-Filiale der Arbeiterkammer in Zürich Jähringerstraße 12

London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein 49 Tottenham Street. Sonntag, den 23. März 1890:

Feier der Pariser Kommune.

Programm. Feste von Bürger G. Bernheim. — Auftreten der Sänger des G. A. B. in Chor und Quartett. — Deklamation und Theater. Zur Aufführung gelangt: „Der Kommune-Kämpfer.“ Eintritt frei. Anfang 7 Uhr Abends präzis.

Um zahlreichen Besuch bittet Das Komite.

Sozialdemokratische Bibliothek Heft XXIX: Trutz-Eisenstirn.

Erzieherisches aus Pulkammeru. Ein vierblättriges Broschürenheft von Better Niemand. I. a) Anarchismus, Sozialdemokratie und revolutionäre Taktik. b) Warum verfolgt man uns? Preis: 30 Pf. — 35 Cts. Die verschiedenen Aufsätze, die unter obem Gesamttitle vereinigt sind, wurden freierzeit im Auftrag von Sozialistischer Arbeiterverein verfaßt und in Hamburg bereits vor mehreren Jahren veröffentlicht. Durch Einverleibung in die „Sozialdemokratische Bibliothek“ werden wir sic hiermit den Genossen allerwärts zugänglich gemacht. Der Preis für weitesten Verbreitung. Heft XXX enthält die neue Nummer. 6. 114 Konten. an NW. Ca. Printed for the proprietors by the G. A. B. 114 Kanish Town Road.